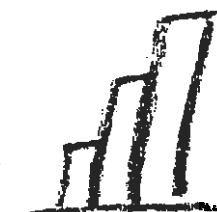


Statistische Berichte

Landesamt für
Datenverarbeitung
und Statistik
Brandenburg



F II 5 – j / 99

**Bewilligungen im
öffentlichen geförderten
sozialen Wohnungsbau
im Land Brandenburg**

1999

Erarbeitet:

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Baugewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen

Herausgeber:

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: (0331) 39 403 - 405

Fax: (0331) 39 418

Internet: <http://www.brandenburg.de/lds/>

E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

Erschienen im Juni 2000

Preis: 4,50 DM

© Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Potsdam, 2000

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt

	Seite
Vorbemerkungen	5
1. Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1996 bis 1999 nach Gebäudearten und Förderungswegen	8
2. Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau insgesamt 1996 bis 1999.....	9
3. Modernisierte Wohnungen 1997 bis 1999 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gem. § 17a II. WoBauG	9
4. Geförderte Wohnungen insgesamt 1996 bis 1999 nach der Raumzahl	10
5. Geförderte Wohnfläche insgesamt 1996 bis 1999 nach der Raumzahl.....	10
6. Veranschlagte Finanzierungsmittel insgesamt 1996 bis 1999 nach Finanzierungsquellen und Förderungswegen	11
7. Förderungsmittel 1996 bis 1999 nach Gebäudearten und Förderungswegen	12
8. Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1999 nach Verwaltungsbezirken.....	13
9. Quadratmeterkosten im vollgeforderten reinen Wohnungsbau 1999 nach Verwaltungsbezirken	14

Vorbemerkungen

Die Bewilligungsstatistik wird für alle im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geförderten Bauvorhaben durchgeführt. Sie liefert Ergebnisse über die Struktur, den Umfang und die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus und ist somit ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung im Bausektor.

Die Bewilligungsstatistik erstreckt sich auf Bauvorhaben von Wohnraum, die mit Mitteln öffentlicher Haushalte im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durch Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden -einschließlich der Modernisierung von bestehendem Wohnraum (sofern diese ein Belegungsrecht einschließt)- gefördert werden. Außerdem wird der Erwerb vorhandener Wohneinheiten erfasst, soweit er mit Mitteln öffentlicher Haushalte gefördert wird.

Rechtsgrundlage

Die Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau wird durch § 32 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz - II. WoBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2137) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 angeordnet.

Definitionen der erfassten Merkmale

Sozialer Wohnungsbau ist der Wohnungsbau, der mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert wird.

Man unterscheidet dabei folgende Förderungswege:

1. Förderungsweg

Der erste Förderungsweg umfasst den Wohnungsbau, der mit öffentlichen Mitteln im Sinne des § 6 Abs.1 II. WoBauG gefördert wird. Dabei wird nur ein bestimmter Personenkreis gefördert (§ 25 II. WoBauG). Bei diesem Förderungsweg handelt es sich damit um den traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau.

2. Förderungsweg

Der zweite Förderungsweg betrifft den Wohnungsbau, der mit öffentlichen Mitteln, die keine Mittel im Sinne des § 6 Abs.1 II. WoBauG sind, gefördert wird (steuerbegünstigter Wohnungsbau). Auch hier wird nur ein bestimmter Personenkreis gefördert.

3. Vereinbarte Förderung

Die vereinbarte Förderung (dritter Förderungsweg und weitere) umfasst den Wohnungsbau, der im Sinne der §§ 88 d und e II. WoBauG durch vertragliche Vereinbarung mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert wird, die nicht als öffentliche Mittel im Sinne des § 6 Abs.1 II. WoBauG gelten. Die Konditionen und Bedingungen der Förderung können hier in bestimmtem Rahmen zwischen Darlehens-/Zuschussgeber und Antragsteller ausgehandelt werden.

Errichtung neuer Gebäude

Unter Errichtung neuer Gebäude werden wie in der Bautätigkeitsstatistik Neubauten und Wiederaufbauten verstanden.

Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind bauliche Veränderungen an bestehenden Gebäuden durch Umbau-, Ausbau-, Erweiterungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen.

Modernisierung

Modernisierung sind bauliche Maßnahmen, die den Gebrauchswert des Wohnraums nachhaltig erhöhen, die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessern oder nachhaltig Einsparungen von Heizenergie oder Wasser bewirken. Instandsetzungen, die durch Maßnahmen der Modernisierung verursacht werden, fallen unter die Modernisierung.

Mittel aus öffentlichen Haushalten für den 1. Förderungsweg

Das sind Finanzierungsmittel nach § 6 Abs.1 II. WoBauG für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Zu ihnen zählen auch Mittel, die ohne über öffentliche Haushalte zu laufen von Spezialinstituten (Landeskreditanstalten, Landestreuhandstellen u.ä.) global auf dem Kapitalmarkt beschafft und als öffentliche Baudarlehen eingesetzt werden. Dagegen zählen andere von Spezialinstituten beschaffte Kapitalmarktmittel, die unter Verbilligung durch Zinszuschüsse oder Annuitätshilfen eingesetzt werden, nicht zu den öffentlichen Mitteln.

Öffentliche Mittel

Das sind Mittel des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Wohnungsbaus.

Kapitalmarktmittel

Zu den Kapitalmarktmitteln gehören auch Mittel, die von Spezialinstituten (Landeskreditanstalten, Landestreuhandstellen u.ä.) auf dem Kapitalmarkt beschafft und unter Verbilligung durch Zinszuschüsse oder Annuitätshilfen zur Verfügung gestellt werden.

Sonstige Mittel

Das sind alle übrigen Finanzierungsmittel, die weder zu den Mitteln aus öffentlichen Haushalten noch zu den Kapitalmarktmitteln rechnen. Hierzu zählen neben der Eigenleistung des Bauherren bzw. des künftigen Erwerbers u.a. die Arbeitgeberdarlehen und Arbeitgeberzuschüsse, sonstige aus öffentlichen Haushalten direkt bereitgestellte Mittel, Mieterdarlehen und Mietvorauszahlungen sowie sonstige Mittel, wie Verwandten- und Gefälligkeitsdarlehen und ähnliche.

Eigenleistung

Eigenleistung ist die Leistung des Bauherrn bzw. künftigen Erwerbers zur Deckung der Gesamtkosten eines Bauvorhabens, insbesondere Geldmittel, einschließlich der auf Bausparverträgen angesparten Beträge, des Wertes der Sach- und Arbeitsleistungen, des Wertes des eigenen Baugrundstücks sowie verwendeter Gebäudeteile.

Objektbezogene Beihilfen

Diese objektbezogenen Beihilfen sind Beihilfen zur Deckung laufender Aufwendungen einschließlich der für die Finanzierung zu entrichtenden Zinsen und Tilgungen. Es werden hier nur die vom Bund und den Ländern gewährten Mittel nachgewiesen.

Annuitätshilfen

Das sind Hilfen zur Deckung der für Darlehen des Kapitalmarktes aufzubringenden Zinsen und Tilgungen. Der zur Deckung der Zinsen dienende Teil der Annuitätshilfen wird in der Regel als Zuschuss, der zur Deckung der Tilgungen dienende Teil immer als Darlehen gewährt. Annuitätshilfen werden überwiegend für eine unbefristete Verbilligung der Mieten und Belastungen eingesetzt.

Aufwendungsdarlehen

Die Aufwendungsdarlehen sind zunächst zins- und tilgungsfreie Darlehen zur Deckung von laufenden Aufwendungen.

Sie dienen einer befristeten und der Höhe nach zeitlich gestaffelten Verbilligung der Mieten und Belastungen.

Aufwendungszuschüsse

Die Aufwendungszuschüsse sind nicht zurückzahlbare, befristete und meist degressiv gestaffelte Beihilfen zur Deckung laufender Aufwendungen.

Öffentliche Bauherren

Als öffentliche Bauherren gelten die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Zu den Gebietskörperschaften rechnen der Bund, die Länder (einschließlich Stadtstaaten) und die Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (z.B. Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände), ferner die Zweckverbände (z.B. Schulzweckverband, Wasserwirtschaftsverband), soweit Sie von Gebietskörperschaften gebildet werden und Aufgaben erfüllen, wie sie üblicherweise Gebietskörperschaften gestellt sind.

Private Haushalte

Private Haushalte sind alle natürlichen Personen und Personengemeinschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Bei Einzelunternehmen und freiberuflich tätigen Personen ist entscheidend für die Zuordnung, wie der Bauherr nach außen auftritt. Handelt er im Namen seines Unternehmens, wird das Bauvorhaben dem Betriebsvermögen zugerechnet, andernfalls dem Privateigentum.

Organisationen ohne Erwerbszwecke

Organisationen ohne Erwerbszwecke sind Vereine, Verbände und andere Zusammenschlüsse, die gemeinnützige Zwecke verfolgen oder der Förderung bestimmter Interessen ihrer Mitglieder bzw. anderer Gruppen dienen, z.B. Organisationen der Erziehung, Wissenschaft, Kultur sowie der Sport- und Jugendpflege, Kirchen, karitative Organisationen, Organisationen des Wirtschaftslebens und der Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände, politische Parteien und sonstige, nicht auf die Erzielung eines wirtschaftlichen Ertrages ausgerichtete Zusammenschlüsse.

Monatliche Miete

Als monatliche Miete (§ 72 II. WoBauG) ist der Betrag anzugeben, der sich für die öffentlich geförderten Wohnungen des Gebäudes oder der Wirtschaftseinheit aufgrund der Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Quadratmeter der Wohnfläche unter Berücksichtigung der öffentlichen Förderungsmittel durchschnittlich ergibt (Durchschnittsmiete). Maßgebend ist die Miete zum Bewilligungszeitpunkt (Bewilligungsmiete) und nicht zum Zeitpunkt der Schlussabrechnung des Bauvorhabens.

Monatliche Belastung

Als monatliche Belastung je m² Wohnfläche ist der in der Lastenberechnung ermittelte Betrag der Belastung des Eigentümers oder künftigen Erwerbers angegeben.

Zeichenerklärung

- nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

Anmerkung: Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

1. Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1996 bis 1999 nach Gebäudearten und Förderungswegen

Förderungsweg Gebäudeart	Geförderte Wohnungen	Geförderte Wohnfläche	Eigentümer- wohnungen ¹⁾	Bundes- und Landesmittel
	Anzahl	1000 m ²	Anzahl	1 000 DM
Förderung insgesamt ²³⁾				
1996	6 546	526	2 194	562 937
1997	4 908	396	1 855	427 076
1998	3 084	266	1 667	266 159
1999	2 458	206	1 266	235 916
dar. Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	2 431	203	1 239	233 340
darunter mit 1 Wohnung ²⁾	1 169	127	1 168	124 907
mit 2 Wohnungen ²⁾	132	11	71	8 574
mit 3 und mehr Wohnungen ³⁾	1 130	65	-	99 859
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	27	3	27	2 576
1. Förderungsweg				
1996	2 096	151	397	266 863
1997	1 974	142	421	239 524
1998	1 438	104	366	160 770
1999	1 329	97	387	157 749
dar. Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	1 321	96	379	156 480
darunter mit 1 Wohnung ²⁾	375	42	374	65 398
mit 2 Wohnungen ²⁾	5	1	5	809
mit 3 und mehr Wohnungen ³⁾	941	53	-	90 273
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	8	1	8	1 269
2. Förderungsweg				
1996	32	1	8	2 054
1997	-	-	-	-
1998	-	-	-	-
1999	-	-	-	-
3. Förderungsweg				
1996	4 378	371	1 767	290 064
1997	2 894	251	1 414	183 601
1998	1 616	159	1 285	102 457
1999	1 101	107	865	75 430
dar. Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	1 082	105	846	74 123
darunter mit 1 Wohnung ²⁾	794	85	794	59 509
mit 2 Wohnungen ²⁾	99	8	52	5 028
mit 3 und mehr Wohnungen ³⁾	189	12	-	9 586
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	19	2	19	1 307
Förderungsweg gemischt				
1996	40	3	22	3 956
1997	40	3	20	3 951
1998	30	3	16	2 932
1999	28	2	14	2 737
dar. Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	28	2	14	2 737
darunter mit 1 Wohnung ²⁾	-	-	-	-
mit 2 Wohnungen ²⁾	28	2	14	2 737
mit 3 und mehr Wohnungen ³⁾	-	-	-	-
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	-	-	-	-

1) eigengenutzte Wohnungen sowie Eigentumswohnungen

2) ohne Kleinsiedlerstellen

3) ohne Wohnheime

2. Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau insgesamt 1996 bis 1999

Gebäudeart		Förde- rungs- fälle	Gebäu- de (Neu- bau)	Geför- derte Wohn- fläche	Geförderte Wohnungen					son- stige geför- derte Wohn- ein- heiten insge- samt
					insge- samt	darunter			Eigen- tums- wohn- nungen	
						in Neubauten		vom Ge- bäude eigen- tümer genutzt		
						zu- sammen	Fertig- teilbau			
		Anzahl		1000 m²	Anzahl					
alle Gebäudearten zusammen										
	1996	2 364	2 479	526	6 546	6 373	402	2 163	31	-
	1997	2 010	2 164	396	4 908	4 883	648	1 834	21	1
	1998	1 744	1 815	266	3 084	3 048	610	1 642	25	-
	1999	1 327	1 339	206	2 458	2 416	344	1 239	27	-
dar. Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen		1 300	1 339	203	2 431	2 389	339	1 239	-	-
	darunter Wohngebäude mit 1 Wohnung ¹⁾	1 169	1 161	127	1 169	1 161	315	1 168	-	-
	Wohngebäude mit 2 Wohnungen ¹⁾	71	69	11	132	128	24	71	-	-
	Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen ²⁾	60	109	65	1 130	1 100	-	-	-	-
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen		27		3	27	27	5		27	-

3. Modernisierte Wohnungen 1997, 1998 und 1999 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gem. § 17 a II. WoBauG

<u>Jahr</u> <u>Land</u>	Modernisierte Wohnungen	Wohnfläche	Gesamtkosten	insgesamt	Förderungsmittel	
					davon	
					Bundes- und Landesmittel	Objektbezogene Beihilfen (1. Jahresrate)
	Anzahl	m²	1 000 DM			
1997	8 871	519 037	746 984	486 133	486 133	-
1998	8 351	485 537	704 933	375 548	375 548	-
1999	7 437	450 411	691 172	395 500	395 500	-

1) ohne Kleinsiedlerstellen

2) ohne Wohnheime

4. Geförderte Wohnungen insgesamt 1996 bis 1999 nach der Raumzahl

Jahr	Geförderte Wohnungen					
	insgesamt	davon mit Räumen (einschl. Küchen)				
		1 und 2	3	4	5	6 und mehr
		Anzahl				

alle Gebäudearten

1996	6 546	860	2 185	1 690	1 243	568
1997	4 908	238	1 729	1 387	1 081	473
1998	3 084	162	855	551	1 011	505
1999	2 458	123	763	429	791	352

darunter Ein- und Zweifamilienhäuser ¹⁾

1996	2 364	67	188	644	919	546
1997	2 008	35	133	457	915	468
1998	1 810	14	80	251	963	502
1999	1 301	12	57	166	719	347

Mehrfamilienhäuser ²⁾

1996	4 151	793	1 993	1 036	311	18
1997	2 879	202	1 590	921	163	3
1998	1 249	147	772	289	39	2
1999	1 130	111	705	247	64	3

5. Geförderte Wohnfläche insgesamt 1996 bis 1999 nach der Raumzahl

Jahr	Geförderte Wohnfläche					
	insgesamt	davon mit Räumen (einschl. Küchen)				
		1 und 2	3	4	5	6 und mehr
		1 000 m ²				

alle Gebäudearten

1996	525	42	133	149	132	69
1997	395	10	95	116	116	58
1998	260	7	44	45	106	58
1999	202	4	39	34	84	41

darunter Ein- und Zweifamilienhäuser ¹⁾

1996	253	3	14	66	103	67
1997	216	2	10	45	101	58
1998	188	0	5	23	102	58
1999	137	0	3	15	78	41

Mehrfamilienhäuser ²⁾

1996	270	39	119	82	28	2
1997	178	8	85	70	15	0
1998	70	7	39	21	3	0
1999	64	4	36	18	6	0

1) ohne Kleinsiedlerstellen

2) ohne Wohnheime

6. Veranschlagte Finanzierungsmittel insgesamt 1996 bis 1999 nach Finanzierungsquellen und Förderungswegen

Finanzierungsquellen	Förderung insgesamt	davon						
		1. Förderungsweg	darunter			2. Förderungsweg	3. Förderungsweg	Förderungsweg gemischt
			Wohngebäude ¹⁾ mit		Wohngebäude mit Eigentums-			
			1 und 2	3 und mehr				
1 000 DM								
Finanzierungsmittel insgesamt								
1996	1 870 234	508 127	175 065	331 151	1 910	7 196	1 344 271	10 640
1997	1 364 607	468 198	174 208	293 600	390	-	886 891	9 518
1998	866 967	336 813	151 292	183 510	2 013	-	523 577	6 577
1999	664 564	322 573	136 309	183 802	2 461	-	336 133	5 858
1. Mittel aus öffentlichen Haushalten insgesamt	235 916	157 749	66 207	90 273	1 269	-	75 430	2 737
Bundes- und Landesmittel								
für den 1. Förderungsweg	160 076	157 749	66 207	90 273	1 269	-	-	2 327
darunter								
Familienzusatzdarlehen	2 909	2 814	2 767	-	47	-	-	95
für den 2. Förderungsweg	75 840	-	-	-	-	-	75 430	410
Mittel der Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-	-	-	-	-	-	-
2. Kapitalmarktmittel insgesamt	307 679	112 601	48 813	63 053	734	-	193 011	2 067
Pfandbriefinstitute	56 561	16 508	10 277	5 965	265	-	40 053	-
Sparkassen	22 274	9 013	2 458	6 555	-	-	13 261	-
Privatversicherungen	4 412	852	852	-	-	-	3 460	100
Sozialversicherungen	630	140	140	-	-	-	490	-
Bausparkassen	38 800	10 067	9 817	250	-	-	28 354	379
sonstige Geldinstitute	185 002	76 021	25 269	50 283	469	-	107 393	1 588
3. Sonstige Mittel insgesamt	120 969	52 223	21 289	30 476	458	-	67 692	1 054
Arbeitgeberdarlehen und -zuschüsse	227	104	104	-	-	-	123	-
Aufbaudarlehen und Hauptentschädigung	-	-	-	-	-	-	-	-
sonstige aus öffentlichen Haushalten								
direkt bereitgestellte Mittel (ohne die unter 1.)	-	-	-	-	-	-	-	-
Mieterdarlehen und Mietvorauszahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Eigenleistungen	119 587	51 406	20 888	30 060	458	-	67 127	1 054
darunter von Erwerbern von								
Wohnbesitzbriefen	-	-	-	-	-	-	-	-
sonstigen Immobilienzertifikaten	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstiges	1 155	713	297	416	-	-	442	-

¹⁾Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen (ohne Wohnheime, einschl. Kleinsiedlerstellen)

7. Förderungsmittel 1996 bis 1999 nach Gebäudearten und Förderungswegen

Förderungsweg Gebäudeart	Bundes- und Landesmittel für den 1. und 2./3. Förderungsweg	Objektbezogene Beihilfen insgesamt ¹⁾	darunter	
			Aufwendungs-	
			darlehen	zuschüsse
1 000 DM				
Förderung insgesamt				
alle Gebäudearten zusammen				
1996	562 937	27 037	17 377	9 660
1997	427 076	16 368	16 368	-
1998	266 159	8 344	8 344	-
1999	235 916	3 862	3 862	-
dar. Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	233 340	3 842	3 842	-
darunter Wohngebäude mit 1 Wohnung ²⁾	124 907	907	907	-
Wohngebäude mit 2 Wohnungen ²⁾	8 574	23	23	-
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen ³⁾	99 859	2 912	2 912	-
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	2 576	20	20	-
1. Förderungsweg				
alle Gebäudearten zusammen				
1996	266 863	4 781	4 557	224
1997	239 524	3 905	3 905	-
1998	160 770	2 557	2 557	-
1999	157 749	2 241	2 241	-
dar. Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	156 480	2 241	2 241	-
darunter Wohngebäude mit 1 Wohnung ²⁾	65 398	-	-	-
Wohngebäude mit 2 Wohnungen ²⁾	809	-	-	-
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen ³⁾	90 273	2 241	2 241	-
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	1 269	-	-	-
2. Förderungsweg				
alle Gebäudearten zusammen				
1996	2 054	129	56	73
1997	-	-	-	-
1998	-	-	-	-
1999	-	-	-	-
3. Förderungsweg				
alle Gebäudearten zusammen				
1996	290 064	22 122	12 759	9 363
1997	183 601	12 459	12 459	-
1998	102 457	5 785	5 785	-
1999	75 430	1 621	1 621	-
dar. Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen	74 123	1 601	1 601	-
darunter Wohngebäude mit 1 Wohnung ²⁾	59 509	907	907	-
Wohngebäude mit 2 Wohnungen ²⁾	5 028	23	23	-
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen ³⁾	9 586	671	671	-
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	1 307	20	20	-

1) erste Jahresrate

2) ohne Kleinsiedlerstellen

3) ohne Wohnheime

8. Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1999 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Förderungsmittel			Geförderte Wohnungen					durchschnittliche Miete je m ² Wohnfläche ³⁾
	Bundes-/ Landesmittel			insgesamt	darunter in				
					Wohngebäuden ²⁾ mit		Wohngebäuden mit		
	für den 1. Förderungsweg	für den 2. / 3. Förderungsweg	Objekt-bezogene Beihilfen ¹⁾		1 und 2	3 und mehr	Wohnbesitzwohnungen	Eigentumswohnungen	
					Wohnungen				
1 000 DM				Anzahl					DM/m ²
Kreisfreie Städte									
Brandenburg an der Havel	3 622	2 232	101	73	35	36	-	2	7,75
Cottbus	6 072	4 457	309	116	32	84	-	-	9,02
Frankfurt (Oder)	9 627	3 038	303	139	45	93	-	1	8,26
Potsdam	14 709	5 394	718	280	7	273	-	-	9,68
Landkreise									
Barnim	8 359	4 971	127	135	100	34	-	1	7,88
Dahme-Spreewald	4 993	3 403	105	79	64	12	-	3	8,25
Elbe-Elster	8 330	2 510	190	114	46	67	-	1	7,75
Havelland	10 539	5 762	158	146	119	26	-	1	8,25
Märkisch-Oderland	19 838	7 463	406	268	149	115	-	4	8,02
Oberhavel	11 600	4 902	189	156	107	48	-	1	7,88
Oberspreewald-Lausitz	4 279	2 706	65	71	48	22	-	1	7,75
Oder-Spree	8 901	4 637	119	124	93	30	-	1	7,72
Ostprignitz-Ruppin	2 796	3 460	76	62	57	4	-	1	7,25
Potsdam-Mittelmark	13 139	4 573	273	187	94	92	-	1	7,54
Prignitz	2 795	2 745	61	62	43	18	-	1	7,75
Spree-Neiße	5 449	2 756	83	80	64	15	-	1	7,62
Teltow-Fläming	14 268	7 250	306	213	138	70	-	5	8,25
Uckermark	10 761	3 582	271	153	60	91	-	2	7,81
Land Brandenburg	160 077	75 841	3 860	2 458	1 301	1 130	-	27	8,42

1) erste Jahresrate

2) Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen (ohne Wohnheime einschl. Kleinsiedlerstellen)

3) in Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen (ohne Wohnheime)


9. Quadratmeterkosten im vollgeforderten reinen Wohnungsbau 1999 nach Verwaltungsbezirken


Verwaltungsbezirk	Wohngebäude insgesamt ¹⁾		darunter Wohngebäude ²⁾ mit					
			1		2		3 und mehr	
			Wohnungen					
	Grundst. und Erschlies- sungs- kosten	Kosten des Bauwer- kes	Grundst. und Erschlies- sungs- kosten	Kosten des Bauwer- kes	Grundst. und Erschlies- sungs- kosten	Kosten des Bauwer- kes	Grundst. und Erschlies- sungs- kosten	Kosten des Bauwer- kes
	DM je m ²							
	Grund-	Wohn-	Grund-	Wohn-	Grund-	Wohn-	Grund-	Wohn-
	fläche							
Kreisfreie Städte								
Brandenburg an der Havel	152	2 221	134	2 291	85	1 952	343	2 110
Cottbus	137	2 423	91	1 933	133	2 080	463	3 063
Frankfurt (Oder)	109	2 347	114	2 363	63	2 193	-	-
Potsdam	307	2 145	175	2 592	-	-	338	2 096
Landkreise								
Barnim	99	2 311	98	2 342	95	2 039	110	2 002
Dahme-Spreewald	115	2 224	106	2 232	103	2 490	251	1 997
Elbe-Elster	57	2 192	43	2 241	37	2 200	135	2 142
Havelland	126	2 258	123	2 287	61	1 803	314	2 054
Märkisch-Oderland	93	2 372	95	2 373	65	1 961	80	2 807
Oberhavel	147	2 228	147	2 276	41	1 794	161	2 001
Oberspreewald-Lausitz	58	2 222	56	2 287	42	2 007	98	2 156
Oder-Spree	74	2 212	78	2 241	50	2 030	62	2 082
Ostprignitz-Ruppin	51	2 236	51	2 253	22	2 026	113	1 997
Potsdam-Mittelmark	96	2 183	108	2 279	75	2 085	62	2 005
Prignitz	33	2 198	32	2 238	13	1 920	89	2 099
Spree-Neiße	59	2 245	56	2 264	83	2 230	160	2 102
Teltow-Fläming	168	2 445	172	2 473	65	2 142	250	1 908
Uckermark	52	2 266	42	2 334	60	1 822	90	2 320
Land Brandenburg	96	2 271	93	2 304	59	2 038	149	2 210

1) ohne Gebäude auf Erbbaurechtsgrundstücken und ohne Wohngebäude mit Eigentumswohnungen

2) ohne Kleinsiedlerstellen und Wohnheime

Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg im Mai 2000

Veröffentlichungen können beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Öffentlichkeitsarbeit - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: (0331) 39 418 bezogen werden.
Veröffentlichungen mit dem -Symbol rechts neben dem Verkaufspreis sind auch auf Disketten erhältlich.

Kennziffer	Titel	Preis in DM
A I 1 - m 12/99	Bevölkerungsstand Dezember 1999	2,50
A II 2 - j/99	Gerichtliche Ehelösungen 1999	5,00
A III 1 - 12/99	Wanderungen Dezember 1999 Vorläufige Ergebnisse	2,50
A IV 1 - j/99	Im Gesundheitswesen tätige Personen 1999	5,00
A IV 3 - vj 4/99	Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen 4. Vierteljahr 1999	3,00
A IV 5 - j/99	Tuberkulose 1999	4,00
A IV 9 - j/98	Stationäre Behandlung in Krankenhäusern 1998	10,00
A VI 2,4 - j/99	Bevölkerung und Erwerbsleben 1999 - Ergebnisse des Mikrozensus	9,50
A VI 7 - m 03/00	Arbeitsmarkt März 2000	5,00
A VI 8 - j/99	Bildungsstand und Schulbesuch 1999 - Ergebnisse des Mikrozensus	5,50
B I / 5 - j/99	Allgemein bildende Schulen Schuljahr 1999/2000 - Ergebnisse nach Verwaltungsbezirken	10,00
B II 1 - j/99	Oberstufenzentren und berufliche Schulen in freier Trägerschaft Schuljahr 1999/2000	7,00
B III 3 / 1 - j/99	Akademische und staatliche Abschlussprüfungen - Sommersemester und Prüfungsjahr 1999	9,00
B VI 6 - j/99	Strafvollzug 1999 Teil 2: Bestand und Bewegung in den Justizvollzugsanstalten	4,00
C I 1 - j/99	Bodennutzung 1999 - Endgültiges Ergebnis	9,00
C II 1 - m 04/00	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland April 2000	3,50
C III 2 - m 02/00	Schlachtungen und Fleischerzeugung - Februar 2000	3,50
C III 2 - m 03/00	- März 2000	3,50
C III 3 - m 02/00	Milcherzeugung und Milchverwendung Februar 2000	3,00
C III 6,7 - vj 4/99	Legehennenhaltung, Eiererzeugung und Schlachtung von Geflügel 1999	3,50
D I 2 - vj 1/00	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten 01.01. - 31.03.2000	6,50
E I 1,3 - m 03/00	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsmärz 2000	7,50
E I 2 - m 03/00	- Produktionsindex März 2000	4,00
E I 1,7 - j/99	- Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Beschäftigtengrößenklassen 1999 Ergebnisse des Monatsberichtes und der Erhebung für Kleinbetriebe	6,00
E IV 4 - j/98	Energiebilanz/CO ₂ -Bilanz 1998	6,50
F II 1,2 - m 01/00	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen Januar 2000	5,00
G I 1 - m 02/00	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel - Messzahlen - Februar 2000 - Vorläufige Ergebnisse	3,50
G III 1,3 - m 01/00	Aus- und Einfuhr - Januar 2000 Vorläufige Ergebnisse	5,50
G III 1,3 - m 02/00	- Februar 2000 Vorläufige Ergebnisse	5,50
G IV 1 - m 02/00	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr - Februar 2000	6,00
G IV 1 - m 03/00	- März 2000	6,00
G IV 3 - m 02/00	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen - Februar 2000 - Vorläufige Ergebnisse	3,50
H I 1 - m 02/00	Straßenverkehrsunfälle - Endgültiges Ergebnis Februar 2000	5,50
H I 1 - m 03/00	- Vorläufige Ergebnisse März 2000	2,50
H I 1 - j/99	- Endgültiges Ergebnis 1999	23,00
H II 1 - m 02/00	Binnenschifffahrt Februar 2000	5,50
L II 2 - j/99	Gemeindefinanzen 01.01. - 31.12.1999 Teil: 2 Ämter des Landes Brandenburg	21,00
L II 3 - j/98	Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1998 Ergebnisse nach der Jahresrechnung	24,00
L IV 3 - 3j/95	Einkommen der Einkommensteuerpflichtigen und seine Besteuerung 1995 Teil: 1 Landesergebnisse	9,50
M I 2 - m 04/00	Preisindex für die Lebenshaltung - April 2000	6,00
M I 2 - m 05/00	- Mai 2000	6,00
M I 6 - j/99	Kaufwerte für Bauland 1999	4,00
Q III 1 - j/98	Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1996 - 1998	7,00
Verzeichnis	Verzeichnis der Oberstufenzentren, Beruflichen Schulen in freier Trägerschaft, Fachschulen, Ausgebildeten Berufe, Fachrichtungen, Schwerpunkte, Staatlichen Schulämter und Schulräte für berufliche Bildung 1999/2000	18,50 48,50 
Daten + Analysen Heft 2	Gesamtwirtschaftliche Trends / Sachverständigenratsgutachten 1999/2000 / Dreiseitenrechnung / Berlin/Brandenburg - Wirtschaft	9,00
Zahlenspiegel	April 2000	-